

Viele träumen von Frieden – reicht das als Gemeinsamkeit? Darüber streitet die Friedensbewegung, seit im Frühjahr die Montagsmahnwachen für Frieden in der Ukraine die Bühne betreten.

Foto: AFP/Brendan Hoffman



Entzweit über ein Bündnis

Zwei alte Friedensbewegte im Streitgespräch über die Notwendigkeit von Protest, die Mahnwachen und antifaschistische Prinzipien

Seit Monaten eskalieren die Konflikte, aber von der klassischen Friedensbewegung ist auf der Straße wenig zu sehen. Wie nötig sind öffentlichkeitswirksame Aktionen?

Otmar Steinbicker: Die Kriegsgefahr nimmt zu. Anders als zu Zeiten des Kosovokriegs gibt es heute einen gesellschaftlichen Konsens, dass militärische Gewalt keine Lösung ist. Zugleich sind viele Menschen angesichts des komplizierten Ukraine-Konflikts und der nicht minder komplizierten IS-Problematik ratlos, wie Alternativen aussehen können. Ich nehme da ein großes Interesse an den Positionen der Friedensbewegung wahr. Ein Problem ist, dass sich die Friedensbewegung isoliert und den Kontakt zu Menschen außerhalb ihrer eigenen Diskussionszusammenhänge verloren hat. Sie hat zu den verschiedenen Konfliktfeldern gute inhaltliche Positionen erarbeitet. Diese Antworten drängen aber kaum nach außen. Wir müssen daher Wege finden, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Das kann auf der Straße stattfinden, aber möglicherweise wären Diskussionsveranstaltungen derzeit besser geeignet. Ich sehe hier große Chancen für die Friedensbewegung. Aber das muss vor Ort wachsen.

Wie sehr reagieren Sie mit den geplanten Aktionen auf die Abgesänge auf die Friedensbewegung?

Reiner Braun: Wir sind in einer zespitzten Kriegsvorbereitungssituation, wie wir sie die letzten 20 Jahre nicht hatten. Diese Bundesregierung und ihr Bundespräsident versuchen, den Friedenswillen der Bevölkerung zu brechen, um die Bevölkerung kriegsreif zu schießen. Deutschland ist in 17 Interventionskonflikten engagiert. Wir sind das Kernelement der neuen Eingreiftruppe der NATO – mein tiefer Dissens zu Otmar: Die sozialdemokratische Stillhaltepolitik, die er hier predigt, lenkt davon ab, dass wir gerade jetzt so viele Aktionen wie möglich brauchen. Wir müssen die Straße für den Frieden wieder besetzen.

Otmar Steinbicker meint, dass noch inhaltliche Vorarbeit nötig ist.

Braun: Wir werden nicht von heute auf morgen 100 000 auf der Straße sein. So war es auch in den 80er Jahren nicht. Deswegen sieht dieser Friedenswinter nicht nur eine einzige, sondern eine Palette von Aktionen bis Mai vor. Wir versuchen damit, die mit Frieden sympathisierende Mehrheit der Bevölkerung für Aktionen zu begeistern. Abwarten leistet der Kriegspolitik der Herrschenden Vorschub. **Steinbicker:** Ich verahre mich gegen den Vorwurf »sozialdemokratischer Stillhaltepolitik«. Wenn wir eine breite Bewegung vieler Menschen sichtbar auf die Straße bringen wollen, dann müssen wir zuvor deren Fragen beantworten. Es hilft nicht, nur zu sagen: »Kommt mit uns gegen die NATO demonstrieren.« Die Mahnwachenbewegung des Frühjahrs ist gescheitert und im Zerfall. In Aachen ist



Der Herausgeber des Aachener Friedensmagazins Aixpaix und ehemalige Sprecher der Kooperation für den Frieden, **Otmar Steinbicker** (re), hat sich wegen der Mahnwachen mit seinen langjährigen Mitstreitern überworfen. **Reiner Braun**, Sprecher des Dachverbands von über 50 Friedensorganisationen, hat den Friedenswinter und die gemeinsame Vorbereitung mit den Mahnwachen initiiert. Mit den beiden Friedensaktivisten sprach **Ines Wallrodt**. Fotos: Lange/Knappe



da kaum noch jemand präsent, die Berichte aus anderen Städten sind ähnlich. Wir werden sehen müssen, wie viele und welche Menschen am 13.12. zu den Demonstrationen kommen. Dass es zu den Ostermärschen zu einer signifikanten Erhöhung der Teilnehmerzahlen kommt, wage ich zu bezweifeln. Spätestens nach Ostern müssen wir in der Friedensbewegung kritisch Bilanz ziehen.

Braun: Jede Aktion ist Aufklärung und jede Aufklärung sollte in Aktionen münden. Es ist doch nicht so, dass wir keine Antworten haben auf die Militarisierungspolitik. Die haben wir! Es ist doch andersherum. Wir haben viele kluge Analysen, aber zu wenig Aktionen. Jeder, der jetzt für Rückzug in lokale Nischen plädiert, plädiert im Grunde dafür, die Friedensbewegung überflüssig und die Kriegspolitik hegemonial in diesem Land zu machen. Wer die Straße von links aufgibt, der überlässt sie den Rechten, wie wir in Dresden und anderen Orten sehen.

Herr Steinbicker, ist der Austausch mit den Montagsmahnwachen nicht die von Ihnen geforderte Öffnung in die Gesellschaft hinein?

Steinbicker: Ich war wohl der erste aus der Friedensbewegung, der mit den Mahnwachen einen Dialog geführt hat. Ich habe in Aachen bereits am 5. Mai gesprochen. Voraussetzung für meinen Auftritt war eine deutliche Abgrenzung von Rechts. Die damalige Aachener Friedensbewegung 2014 hat sich daraufhin von ihrem Sprecher wegen Antisemitismus getrennt. Ende Mai sprach ich auch auf

einer Kundgebung in Stuttgart. Es gab Einladungen von Mahnwachen anderer Städte, aber die waren nicht zu einer Abgrenzung von Rechts bereit.

In einer bundesweiten Erklärung haben sich lokale Mahnwachen im Sommer klar von Antisemitismus und Rechtsextremismus distanziert. Steinbicker: Aber was bedeutet die? Die Mahnwachenbewegung distanziiert sich nicht von der offenen rechten Pegida (Organisatoren der rassistischen Demos in Dresden d. Red.!) Auf ihrer offiziellen Facebook-Seite fehlt diese Distanz. Stattdessen wird in Kommentaren vor »Spaltung« gewarnt. Offenbar sehen nicht wenige Gemeinsamkeiten. Die Seiten-Verantwortlichen halten nicht dagegen. Für mich sind das Anzeichen, dass ein Zusammengehen mit den Mahnwachen die Tür weit nach rechts öffnet. Wenn man die Straße von Rechts frei machen will, dann nicht gemeinsam mit Leuten, die den Weg nach rechts offenhalten wollen.

Geben Sie sich mit Lippenbekenntnissen zufrieden, Herr Braun?

Braun: Dieses Spiel mit Zitaten und Äußerungen Einzelner mache ich nicht mit. Ich kann ihnen 25 andere Seiten nennen, wo es eine klare Abgrenzung gibt. Ich habe am Montag in Berlin auf der Mahnwache gesprochen. Vor und nach mir haben zwei Verantwortliche der Mahnwache Pegida scharf kritisiert. **Steinbicker:** Die können natürlich nichts für einzelne Kommentare, aber wenn sie selbst als Seitenbetreiber

keine Distanzierung leisten, wird es problematisch.

Braun: Das teile ich. Aber im Gegensatz zu Otmar werde ich mit den Mahnwachenleuten darüber reden, dass sie solche Einträge kritisch kommentieren müssen. Richtig ist: Die Praxis zeigt, was eine Erklärung wert ist. Wie sieht es damit aus? Viele Mahnwachen unterstützen den Friedenswinter. Unser Aufruf formuliert klare antifaschistische Prinzipien. Ich muss jedem, der diesen Aufruf unterschreibt, abnehmen, dass er ihn richtig findet. Eine Unterschrift ablehnen kann ich nur, wenn jemand Mitglied der NPD ist oder wenn ich konkrete Beweise bekomme, dass jemand den Inhalt nicht teilt. Die alte Friedensbewegung stellt den antifaschistische Grundkonsens an keinem einzigen Punkt in Frage. Was wir tun ist: Wir öffnen uns dem Diskurs einer neuen sozialen Bewegung und versuchen, diese Leute für die Friedensbewegung zu gewinnen.

Herr Steinbicker, was ist rechts an dem Aufruf zum Friedenswinter?

Steinbicker: Mit dem Aufruf habe ich weniger Probleme, auch wenn es da eine gewisse Einseitigkeit gibt. Für mich geht es um Glaubwürdigkeit. Ich bin wohl der einzige in der Friedensbewegung, der eine eigene Kolumne in der Regionalzeitung hat und dort in einer Auflage von 40- bis 50 000 Exemplaren jeden Monat ausführlich aus friedenspolitischer Sicht kommentiert. Das führt zu Einladungen zu Vorträgen und Veranstaltungen in Schulen und in der Erwachsenenbil-

dung. Mit den Montagsmahnwachen gäbe ich diesen Partnern Anlass, an meiner Glaubwürdigkeit zu zweifeln.

Braun: Glaubwürdigkeit, jawoll. Aber von wem mache ich die abhängig? Von denen, die Krieg befürworten, die die Friedensbewegung schwächen wollen und jetzt in Zeitungsartikeln den Friedenswinter verteufeln? Oder mache ich meine Glaubwürdigkeit abhängig von einer klaren Ausrichtung auf einen Antikriegskurs und von Menschen, mit denen ich die letzten 20, 30 Jahre in unterschiedlichsten Bereichen zusammengearbeitet habe? Leuten wie Albrecht Müller, Daniela Dahn oder Frank Deppe, die den Friedenswinter unterstützen.

Beteiligen Sie sich indirekt an einer Kampagne von Leuten, die auch ohne Mahnwachen gar kein Interesse an einer starken Antikriegsposition hätten, Herr Steinbicker?

Steinbicker: Ich sehe mich nicht mit anderen Leuten in einem Boot. Ich stelle mich gegen die Aktionen aus dem genannten Grund: Ich brauche meine Glaubwürdigkeit, um mit den Leuten, mit denen ich außerhalb der Friedensbewegung in Gesprächen bin, überzeugend argumentieren können.

Sie beide haben in den 80er Jahren Unterschriften für den Krefelder Appell gesammelt – waren die vier Millionen Unterstützer weniger heterogen als die Mahnwachen?

Steinbicker: Wir haben damals Unterschriften unter eine konkrete Forderung gesammelt, aber dabei natürlich mit den Leuten über tausend- und ein Thema gesprochen. Da galt die Maxime: Wir müssen nicht in allem zu gleichen Positionen kommen, wir können Dinge nebeneinander stehen lassen. Die Friedensbewegung soll politisch breit sein, bis hin zu Konservativen. An rechtsextreme Akteure kann ich mich allerdings nicht erinnern.

Braun: Die Friedensbewegung der 80er Jahre war mindestens so esoterisch wie die Mahnwachen, sie kannte Zinskritik, einen rechtskonservativen Umweltbegriff, eine Verherrlichung des kapitalistischen Systems und, und, und. Eine breite Massenbewegung wird immer ausfransen, ideologisch heterogen sein und zu umstrittenen Positionen offen. Damit muss man sich auseinandersetzen und dafür sorgen, dass die Gesamtveranstaltung für einen klaren antifaschistischen Antikriegskurs steht. Petra Kelly hat auf der Bonner Demonstration 1983 gesagt: »Wir« – und damit meinte sie die Grünen – »sind weder rechts, noch links, sondern vorne.« Dieser Satz gilt heute als Beweis für die Rechtslastigkeit der Mahnwachen. Man kann den kritisieren – aber man darf ihn nicht als Totschlagargument benutzen.

Fast alle »alten« Friedensorganisationen rufen zum Friedenswinter auf, ebenso kritische Publizisten und Wissenschaftler. Kann eine Bewegung nach rechts offen sein, die von so vielen Linken unterstützt wird?

Steinbicker: Die VVN hat sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Mahnwachen ausgesprochen. Diese Bewegung sei »von Personen initiiert, die entweder selbst rechts verortet sind« oder »von solchen, die keine Notwendigkeit sehen, sich nach rechts abzugrenzen«. Mein Eindruck ist, dass viele innerhalb der Friedensbewegung und darüber hinaus sich nicht in aller Schärfe mit den Mahnwachen auseinandergesetzt haben. Die VVN hatte vor ihrem Beschluss, den Friedenswinter nicht zu unterstützen, ein Dossier mit konkreten Vorwürfen zusammengestellt. Darüber wurde in der Kooperation für den Frieden nie ernsthaft diskutiert. Mir scheint, man träumt lieber davon, mit den Mahnwachen neue Teilnehmerzahlen auf die Straße zu kriegen.

Braun: Natürlich haben wir uns mit den Mahnwachen und auch mit dem unseriösen Papier der VVN auseinandergesetzt. Es ist teilweise direkt falsch und in der Zusammenstellung diffamierend. Uns geht es nicht um Quantitäten, sondern wir versuchen, aus einem strategischen Bündnisgedanken heraus eine Zusammenarbeit zu entwickeln. Oppositionskräfte müssen immer versuchen, so viel wie möglich gemeinsam zu tun. Lasst uns die Mahnwachen doch einfach als das nehmen, was sind – eine neue heterogene soziale Protestbewegung. Mit denen versuchen wir, auf dem Grundkonsens der Friedensbewegung gemeinsam zu handeln. Mit einer Öffnung nach rechts hat das nichts zu tun, viel mehr mit beginnender politischer Klarheit bei den Mahnwachen.

Warum haben Sie nicht auf besonders umstrittene Unterstützer wie Ken Jebsen und Lars Märholz verzichtet?

Braun: Lars Märholz ist vieles, auch verquer, aber kein Rechtsradikaler. Er hat maßgeblich zur Trennung der Mahnwachen von Rechtsradikalen beigetragen. Ob Ken Jebsen – ein scharfer, vielleicht manchmal überzogener Kritiker von Israels Politik – nicht eher ein Opfer von Broders Diffamierungskampagne ist, würde ich gern weiter diskutieren. Es gilt auch für ihn die Unschuldvermutung.

Angesichts der heftigen Auseinandersetzung: Müssen Sie sich den Vorwurf machen, nicht genug Leute in den eigenen Reihen mitgenommen zu haben und damit die alte Friedensbewegung zu spalten?

Braun: Die Schärfe der Auseinandersetzung ist nicht allein aus der Friedensbewegung und den Mahnwachen zu erklären. In der Diskussion kulminieren weitere Auseinandersetzungen, um Antisemitismus und Israelkritik, um Russland, um Bündnispolitik und Regierungsfähigkeit der Linkspartei. All das wird in einem Topf verührt. Zugleich stimmt es, dass wir nachdenken müssen, wie wir die Zusammenarbeit so weiterentwickeln, dass alle FreundInnen, die meine Position nicht teilen, auch mitmachen können und wollen.

Aktionen im »Friedenswinter« und Kritik daran

- Worum geht's: Unter dem Motto »Gemeinsam für den Frieden. Friedenslogik statt Kriegsrhetorik« will die Friedensbewegung ab dieser Woche sichtbare Zeichen gegen militärische Gewalt setzen.
- Kritik: NATO, USA und Bundesregierung werden für die Eskalation von Konflikten verantwortlich gemacht.
- Forderungen: Verhandlungen, zivile Konfliktlösung, Auflösung der NATO, Stärkung der OSZE, Grenzen auf für Flüchtlinge, Abrüstung
- Was geplant ist: Aktionswoche mit symbolischen Aktionen und regionalen Demos am 13.12. in Berlin (zum Sitz des Bundespräsidenten

Gauck), Hamburg, Leipzig, Heidelberg und im Ruhrgebiet sowie am 12.12. in München; im Februar Proteste anlässlich der Sicherheitskonferenz, im April Ostermärsche, am 9.5. bundesweite Demonstration in Berlin zum 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus

► Wer macht mit: Zu den Unterstützern gehören Organisationen wie IPPNW, DFG-VK, Internationaler Versöhnungsbund, Naturfreunde sowie Prominente wie Albrecht Müller, Elmar Altvater, Reinhard Mey, Daniela Dahn und Sahra Wagenknecht. Der bundesweite Aufruf hat rund 1400 Unterzeichner.

- Warum es Ärger gibt: Wegen der Unterstützung durch die Montagsmahnwachen. Ihnen wird eine offene Flanke nach rechts vorgeworfen.
- Folgen: Der Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) lehnt die Beteiligung am Friedenswinter unter Verweis auf die Mahnwachen ab, ebenso der Berliner LINKE-Chef Klaus Lederer. Der LINKE-Politiker Tobias Pflüger zog seine Unterschrift für den Aufruf zurück, bereitet aber dennoch die Demonstration in Berlin mit vor. *nd*